

Hochschule, Mittelschule

Nr. 91/1/19

Die Liberalisierung des Hochschul-
zugangs als Herausforderung an die
Mittelschulreform.

INFO-PARTNER



011673

Die Liberalisierung des Hochschulzugangs als Herausforderung an die Mittelschulreform

Postulate für europafähiges Gymnasium mit breiterer Struktur

Auf Einladung der schweizerischen Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) erörterten in- und ausländische Gastreferenten in Basel im Beisein von über hundert Gymnasial- und Hochschulrektoren sowie Vertretern der Bildungsverwaltung neue Leitlinien zur Freizügigkeit und Mobilität im höheren Bildungsbereich im Rahmen der europäischen Integration. In einem Modellvorschlag der Konferenz schweizerischer Gymnasialrektoren (KSGR) wurde dabei die Ausweitung des Maturitätsmonopols auf alle Vollzeitmittelschulen gefordert.

hag. Basel, 15./16. Januar

Nachdem am Mittwoch auch die vorberatende Kommission des Nationalrates dem fünf Punkte umfassenden Massnahmenpaket von Bundesbeschlüssen zur verstärkten europäischen Zusammenarbeit im Bereich der höheren Bildung zugestimmt hatte, stand die Tagung in Basel zu Recht im Zeichen optimistischer Aufbruchstimmung. Dass allerdings das föderalistische Schweizer Bildungssystem spezifisch und reformsensibel ist, darauf deutet zumindest die Tatsache hin, dass die Kommission bei der Vorlage zum Beitritt der Schweiz zu den mobilitätsfördernden Hochschulkonventionen des Europarates und der Unesco eher knapp – mit zehn gegen sieben Stimmen – einen Vorbehalt der Kantone ablehnte, in dem diese die verfassungsmässige Zuständigkeit im Bildungswesen sowie bei der Autonomie der Hochschulen gefordert hatten.

In seiner Eröffnungsansprache warnte denn auch der Zürcher Universitätsrektor *Hans-Heinrich Schmid* vor einer Nivellierung der Ausbildungsqualität an Schweizer Hochschulen unter dem Deckmantel der Europafähigkeit und machte darauf aufmerksam, dass Universitäten neben ihrem Ausbildungsauftrag auch spezifische Formen der Studien- und Menschenbildung zu erfüllen hätten. Der Vorsteher der grössten Schweizer Hochschule warnte davor, die beiden Begriffe der Freizügigkeit und der Mobilität mit der berechtigten Forderung nach Liberalisierung gleichzusetzen und so durch unbesonnene Öffnung der Hochschulen deren Leistungsauftrag zu gefährden. Schmid begründete in Basel die im ausländischen Vergleich niedrige Maturitätsquote (13 Prozent eines Altersjahrgangs gegenüber 30 bis 40 Prozent im umliegenden Europa) mit der Spezifik der dualen Berufsbildung in unserem Land, die auch im ungelösten Bereich der Fachhochschulen ihre Folgen zeitige. In einem engagierten Plädoyer für die *Diversität der Bildungssysteme* wandte sich Schmid gegen eine unkritische Akzeptanz neuer Anerkennungsvereinbarungen mit rein verwaltungstechnischem Hintergrund, regte hingegen in Unterstützung eines europäischen Leistungsaustausches vermehrten Schweizer Forschungseinfluss an.

Hohes Potential für einen Hochschulzugang nützen

«Die Mobilität ist nicht das Ziel, aber das Mittel». Die Konklusion der Rede des Lausanner Universitätsrektors *Pierre Ducrey* zeigte in Basel einmal mehr, dass die Romandie als Grenzregion die Konditionen des Studienzuganges mit Ausnahme der Medizin wesentlich liberaler handhabt als die Deutschschweiz und unser Land in Fragen der höheren Allgemein- und Berufsbildung neben einem hohen Nord-Süd-Gefälle auch ein ebenso starkes Ost-West-Gefälle aufweist. Ducrey plädierte für einen höheren Studentenanteil in der Schweiz und für ausgewogenere Geschlechtsquoten vorab an den Deutschschweizer Hochschulen. Zudem regte der Lausanner Universitätsvorsteher an, die nationale und internationale Mobilität durch eine Harmonisierung der Eintrittsbedingungen an Hochschulen über die Kon-

vention zwischen Schweizer Hochschulen und die Empfehlungen der Westschweizer Universitäten von 1989 hinaus zu fördern. Als Wege dieser Öffnung nannte er die Intensivierung von Partnerschafts- und Studienvereinbarungen mit ausländischen Universitäten.

Ruf nach neuer Gymnasialstruktur

Die Überraschung der zweitägigen Veranstaltung in Basel bildeten ohne Zweifel die konstruktiven *Reformvorschläge* der *Schweizerischen Gymnasialrektoren*, welche die laufende Totalrevision der Maturitätsanerkennungs-Verordnung und die neuen Rahmenlehrpläne der Erziehungsdirektorenkonferenz zu einem geeigneten Modell komplettieren könnten. Kern des von KSGR-Präsident *Helmut Reichen* präsentierten Forderungskatalogs bildet die Ausweitung der maturitätsgebundenen Hochschulzulassung auf *alle* Absolventen einer Vollzeitmittelschule, also auch auf diejenigen der bis anhin blockierten Diplommittel- und Handelsschulen, der Lehrerausbildungsstätten und anderer Mittelschultypen. Innerhalb dieser neu definierten Gymnasialstruktur müssten nach den Vorstellungen der Rektorenkonferenz die bisherigen Maturitätstypen A bis E auf einen Typus bis drei Typen (sprachlich, mathematisch-naturwissenschaftlich und wirtschaftswissenschaftlich) reduziert werden, welche direkt auf ein Universitäts- oder ETH-Studium vorzubereiten hätten. Die restlichen Ausbildungsgänge dagegen wären in erster Linie als Einstieg in eine Fachhochschule oder eine Berufsausbildung gedacht; Absolventen dieser Typen müssten sich den Hochschulzugang durch Vorbereitungskurse und zusätzliche fachspezifische Examina verdienen.

Das KSGR-Modell sieht eine Gesamtausbildungsdauer von zwölf bis dreizehn Jahren vor, was einer Verweildauer von drei bis vier Jahren auf Sekundarstufe II entspricht. Die Anerkennung eines Ausbildungsganges basiert auf einem Obligatorium von acht Fachbereichen, die in einer Verordnung festgeschrieben sind und in ihrer freien Kombination vermehrt Raum für interdisziplinären Unterricht und eigenständige Fachgewichtung lassen. Vorgeschlagen werden die Bereiche «Muttersprache und Philosophie», «Zweite Landessprache», «Mathematik», «Kultur- und Sozialwissenschaften», «Naturwissenschaften» sowie «Zwei Wahlpflichtfachbereiche», die neben den oben genannten Bereichen auch Wirtschaftswissenschaften enthalten können. Der achte obligatorische Fachbereich hiesse «Musik, Zeichnen und Sport».

Verändertes bildungspolitisches Umfeld

Reichen machte in Basel auf das veränderte bildungspolitische Umfeld an der Schwelle zu Europa 92 aufmerksam, das sich in einem Strukturwandel in Wirtschaft, Produktion und Information, einer verstärkten Nachfrage nach Allgemeinbildung und einem neuen Freizeitverhalten manifestiere. Daraus leite sich ein Impetus an die Bildungspolitik ab, den inneren Zwang nach Veränderung als Herausforderung zu akzeptieren. Obwohl Reichen die gegnerischen Argumente, die vor einer Vermassung der Universitäten mit ent-